12. Polizei-Verordnung

über die Entwässerung der Grundstücke an kanalisierten Straßen im Bezirke der Stadt Harburg.

Auf Grund der §§ 5 und 6 der königlichen Verordnung vom 20. September 1867 über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird in Beziehung auf die Entwässerung der Grundstücke an kanalisierten Straßen für den Bezirk der Stadt Harburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

Beschaffenheit im allgemeinen.

§ 1. Alle bebauten Grundstücke sind ordnungsmäßig zu entwässern.

Sämtliche Entwässerungsanlagen sind so herzustellen, daß der Zweck einer vollständigen, den gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Entwässerung der Grundstücke, auch in ihren unbebauten Teilen dauernd erreicht wird.

Selbständige Entwässerung eines Grundstücks.

§ 2. Jedes Grundstück ist selbständig zu entwässern. Eine auch nur zum Teil gemeinschaftliche Entwässerung zweier Grundstücke ist verboten.

Zwang zum Anschluß an den Straßentanal.

§ 3. Alle bebauten Grundstücke an Straßen (Begen, Pläken), in denen ein öffentlicher städtischer Kanal vorhanden ist oder bei fortschreitender Kanalisation hergestellt wird, müssen zum Zweck ihrer Entwässerung an diesen Kanal angeschlossen werden. Diese Verpflichtung tritt für bisher unbebaute, an kanalisierten Straßen liegende Grundstücke dann ein, wenn auf ihnen ein Gebäude errichtet wird.

Bebaute Grundstücke, die an mehreren Straßen liegen, müssen angeschlossen werden, wenn auch nur in einer dieser Straßen ein öffentlicher Kanal vorhanden ist, der nach dem Ermessen des Magistrats die Entwässerung des betreffenden Grundstücks aufnehmen kann.

Der Magistrat kann den Anschluß vorläufig noch unbebauter Grundstücke an den Kanal gestatten. Der Anschluß muß erfolgen, wenn die Abwässer nicht von Niederschlägen herrühren und bei nicht vorhandener Kanalisation in Senkgruben abgeleitet werden müßten.

Der Magistrat ist berechtigt, in außergewöhnlichen Fällen von dem Anschlusse abzuweichen.

Zahl der Anschlußleitungen jedes Grundstücks
an den Straßentanal.

§ 4. Jedes Grundstück darf nur eine Anschlußleitung an den Kanal erhalten, sofern nicht zur Ableitung des Regenwassers besondere Regenkanäle erforderlich sind. Der Magistrat ist befugt, unter besonderen Umständen mehrere Anschlußleitungen für dasselbe Grundstück zuzulassen.

Abzuführende Abwässer.

- § 5.
1. In die öffentlichen städtischen Kanäle dürfen nur häusliche Brauchwässer und Fäkalien aus Spülaborten eingeleitet werden.
 2. Die Ableitung der Abwässer gewerblicher Anlagen kann vom Magistrat nur unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und unter Auflage besonderer Bedingungen vorgeschrieben werden.
 3. Die Ableitung von Abwässern von Höfen der Wohngrundstücke oder von Regenwasser ist von besonderer Erlaubnis des Magistrats abhängig.
 4. Feste Stoffe jeder Art, namentlich Küchenabfälle, Kehricht, Asche, Sand, Schutt, Lumpen zc., sowie feuergefährliche, explosionsgefährliche und solche Stoffe, die die Kanalisationsanlagen beschädigen können, dürfen in die öffentlichen städtischen Kanäle nicht abgeleitet werden.

Aufforderung und Antrag zur Herstellung des Kanalanschlusses.

§ 6. Der Magistrat macht öffentlich bekannt, wenn in einer Straße der Kanal hergestellt ist.